

WEITERE BRIEFE

Unruhestand der Umwelt zuliebe

Zu „Zur freien Verwendung“ vom 11. Juli: Was anfangen mit dem Ruhestand? Wer sich erst einmal bewusst macht, welche umweltbelastenden Einflüsse er allein während der Zeit seiner Berufsausübung zu verantworten hatte, zum Beispiel durch Pendeln zum Arbeitsplatz, der wird motiviert sein, im Alter umweltbewusster zu leben. Dies muss nicht gleich eine asketische Lebensweise geknüpft sein. Unser ökologischer Fußabdruck ist derzeit enorm. Im Ruhestand könnte er sich noch verstärken, wenn die verdiente Freizeit mit vielen Reisen gefüllt wird und sich somit zu einem die Umwelt belastenden Unruhestand auswächst. Eine gesunde Umwelt verpflichtet nicht automatisch zu einer asketischen Lebensweise. Also das Auto lieber öfter stehen lassen! Im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung sind auch ältere Menschen mehr im Netz unterwegs. Soziale Kontakte wie ein gutes Gespräch sind jedoch für die Gesundheit weitaus förderlicher als Surfen im Netz. Ruhestand wird zwar oft mit Unruhestand gleichgesetzt. Aber bitte im Dienst am Nächsten und für eine gesunde Umwelt!

Christine Lanzinger,
Mallersdorf-Pfaffenberg

Unfallzahlen vergleichen

Zu „Kriechen, rasen, kriechen“ vom 18. August: Die Forderung nach einem Tempolimit auf den Autobahnen kommt normalerweise von Festangestellten der öffentlich-rechtlichen Medien. Begleitet werden sie von mildsprechenden „Experten“: Weniger Unfallopfer und auch so gewaltige CO₂-Einsparungen. Man könnte die ganze Sache per Volksabstimmung erledigen, doch leider wird von den oben genannten Personen genau das gefordert. Aus welcher Quelle speist sich dieser missionarische Eifer? Warum wird nie die Berechnung detaillierter offengelegt? Versucht ein Lkw, der umgebremst auf das Stauende auffährt, auch einen Unfall wegen zu hoher Geschwindigkeit? Wo bleibt das Verhältnis zu den Unfallzahlen auf den Landstraßen? Meine Wahrnehmung als Vielfahrer mit Durchschnittstempo 120 ist, dass die meisten mit geringerer Geschwindigkeit unterwegs sind. Die steigenden Spritpreise werden den Trend weiter verstärken.

Ulrich Albert, Marienheide

Weselskys Parteimitgliedschaft

Zu „GDL-Chef kündigt neuen Streik an“ vom 18. August: Lange Zeit zogen die Gewerkschaften und die SPD an einem Strang. Daraus sind längst zwei Stränge geworden, aber in der Bevölkerung werden nach wie vor Gewerkschaften und SPD weitgehend gleichgesetzt. Mit Claus Weselsky und seiner Minderheiten-Gewerkschaft ist ein neues Element hinzugekommen, denn er ist CDU-Mitglied. Als solches schikaniert er die Bevölkerung mit auf große Wirkung ausgelegten Streiks. Zufällig tut er dies in der heißen Phase des Wahlkampfes. Sollte sich die CDU Wahlerfolge versprechen, indem sie einem ihrer Gewerkschaftsführer die Möglichkeit einräumt, mit seinen privaten Ambitionen die breite Bevölkerung gegen die SPD aufzubringen? Dr. Heribert Illig, Gräfelfing

Monatsbeiträge inkl. Umsatzsteuer:

SZ Plus Komplett (inkl. SZ E-Paper): 36,99 Euro, Vorzugspreis für tägliche Abonnenten 9,50 Euro, für Wochenend-Abonnenten 17,50 Euro. Bankkonto: Bayer. Landesbank (IBAN: DE75 7005 0000 0000 0316 50, BIC: BYLADE33XXX). Das Abonnement kann schriftlich mit einer Frist von vier Wochen zum Monatsende bzw. zum Ende eines vorab berechneten Bezugszeitraums gekündigt werden.

Abonnenten- und Leserservice:

Telefon (089) 21 83-80 80, Fax (089) 21 83-82 07, sz.de/abo (Bestellung, Information, Service)

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG (USPS No. 0541550) is published daily except Sunday and holidays by Süddeutsche Zeitung GmbH. Subscription price per month: digital edition (SZ Plus Komplett) 36,99 Euro, print edition daily Europe 89,00 Euro / outside Europe and overseas 175,00 Euro. sz.de/abo

FLUTKATASTROPHE

Auf der Suche nach den Schuldigen



Die Justiz soll klären, ob Tote und Verwüstungen durch die Flut im Juli hätten verhindert werden können.

FOTO: DPA

Zu „Tödlicher Verzug“ vom 14./15. August und „Die Pflicht“ vom 7./8. August:

Viele haben versagt

Jetzt wird gegen den Landrat von Ahrweiler ermittelt. Dabei hätte er, falls sich der Verdacht bestätigt, nur das getan, was die meisten Politiker und Politikerinnen seit 40 Jahren tun: Warnungen ignorieren. Wären sie ihrer Verantwortung gerecht geworden, hätte es die Katastrophe von Ahrweiler mit großer Wahrscheinlichkeit gar nicht gegeben. Die Ermittlungen gegen den Landrat – so wichtig sie auch sein mögen – lenken den Fokus auf: „Es hätte nicht so schlimm sein müssen, ein Einzeler hat versagt.“ Aber: Viele haben versagt. Und es wird noch viel schlimmer kommen.

„Land“ ist da nicht in Sicht: Der Widerstand gegen ein Vetorecht im Rahmen eines Klimaschutz-Ministeriums (eigentlich müsste es „Menschenschutz“ heißen, das Klima gibt es auch ohne uns) ist nur ein Beispiel: Klimaschutz ist gut, solange er niemandem wehtut. Noch gäbe es eine Chance. Es sollte jetzt nicht um Schuldzuweisungen gehen, sondern nur noch um konsequente Politik. Und ja, es wird erst mal auch wehtun. Aber es geht nicht um Klimaschutz, sondern um das Überleben der Menschen und vieler differenzierter Organismen unserer Erde.

Anja Schaefer, München

Aus Fehlern lernen

Der Impuls „Irgendjemand muss doch schuld sein“ ist zwar menschlich, aber nichtsdestoweniger falsch und destruktiv. Besonders in einem Strafverfahren entwickelt er eine Dynamik, die am Ende nur Verlierer hinterlässt. Denn es ist eben nicht immer jemand schuld an einer Katastrophe. Die Forderung, trotzdem einen Schuldigen zu identifizieren, führt dann geradewegs zur Suche nach einem Sündenbock. Egal, ob der gewählte Schuldige verurteilt wird oder nicht: Sein Leben ist zerstört, während die vom Unglück Betroffenen das Gefühl zurückbehaltenden, die „wahren Schuldigen“ seien ungeschoren davongekommen. Man sollte diesen Impuls deshalb nicht unterstützen, sondern den Betroffenen vielmehr dabei helfen, ihn zu überwinden. Es ist zudem zutiefst ungerecht, jemandem,

der in einer kritischen Situation unter Druck eine Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen traf, im Nachhinein mit dem überlegenen Wissen des Rückblicks vorzuhalten, dass seine Entscheidung schuldhaft falsch gewesen sei. Selbstverständlich sollen schuldhaft begangene Fehler und Versäumnisse geahndet werden.

Aber unser Strafrecht stellt aus gutem Grund das Ziel, keinen Unschuldigen zu verurteilen, höher als das, Schuldige zur Rechenschaft zu ziehen. Das schließt ein, jemandem, der unter schwierigen Bedingungen eine Entscheidung treffen musste, diese Schwierigkeit auch im Nachhinein zugutezuhalten und erst dann zum Strafrecht zu greifen, wenn unentschuldbare Versäumnisse vorliegen. Das zwanghafte Suchen nach Schuldigen fördert Verhaltensweisen, die der Gesellschaft Schaden: Absicherung gegen mögliche Vorwürfe

statt entschlossenem Handeln, Verstecken hinter Prozessen und Zuständigkeiten statt Übernahme von Verantwortung, Schuldzuweisung statt Lösungssuche. Die Fehler- und Katastrophenforschung hat schlüssig nachgewiesen, dass aus Fehlern nur gelernt werden kann, wenn sie nicht als persönliches Versagen sanktioniert werden, sondern dazu motivieren, gemeinsam die Ursachen zu ermitteln und zu beseitigen.

Tilman Schmidt, Bonn

Die Verantwortlichen sind klar

Wo menschliches Verhalten für den Verlust von Menschenleben, für die Vernichtung von Lebensgrundlagen, von Freiheit für Generationen ursächlich ist, da muss die Strafjustiz versuchen, Verantwortliche zu ermitteln und Schuld zu prüfen. Hinsichtlich der Flut vom Juli beginnt die

menschlich verantwortbare Ursachenkette nicht erst mit zu späten Warnungen. Die Klimaveränderung, Grundursache für schneller aufeinanderfolgende und heftigere Extremwetterereignisse – zuletzt im jüngsten Bericht des Weltklimarates mit unübersehbarer Klarheit dargelegt –, ist menschengemacht. Das hat auch schon das Bundesverfassungsgericht seiner Entscheidung vom 24. März zugrunde gelegt.

Wer sind die Menschen, die das zu verantworten haben? Wir alle wäre zwar richtig, aber unzureichend. Denn es finden sich auch Hauptverantwortliche, solche, die wider besseres Wissen die Treibhausgasemissionen nicht in einem Maße reduziert haben, dass ein Anstieg der Temperaturen bis an die für die Erde höchst gefährliche 1,5- oder gar Zwei-Grad-Grenze verhindert werden kann. Und das bessere Wissen war spätestens seit den 80er-Jahren recht

offen verfügbar. Und die Pflicht bestand dazu, es abzurufen! Neben vielen anderen Studien veröffentlicht der UN-Klimarat seit 1990 seine immer dringenderen Warnungen. Blind für all die Prognosen wurden weder die Förderung und Verbrennung von Braunkohle noch die Produktion von fossilbetriebenen Motoren sowie der Flug- und Schiffsverkehr in dem notwendigen Maße zurückgefahren. Die Personen aus Wirtschaft, Industrie und Politik, die das zu verantworten haben, sind leicht auszumachen. Die Justiz müsste nur hinschauen. Warum tut sie es nicht?

Heinrich Comes, Köln

Katastrophe mit Ansage

Im Sommer 2002 verloren in der Gemeinde Diedorf im Landkreis Augsburg durch ein lokales Starkregenereignis drei Menschen ihr Leben. Dieses war kleinräumig und beschränkte sich auf wenige Quadratkilometer und Ortschaften. Ob die Wetterdienste in der Lage sind, lokalen Starkregen vorherzusagen, wage ich zu bezweifeln, regionale Starkregenereignisse jedoch sind vorhersagbar. Wenn die Wetterprognosen für eine Region heftige und lang anhaltende Niederschläge ankündigen und die Böden in der Region durch vorangegangene Niederschläge bereits wassergesättigt sind, dann liegt es in der Natur der Sache, dass es in dieser Region zu einem Hochwasser kommen wird. Sagen die Wetterdienste Rekordniederschläge voraus, so ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass ein Rekordhochwasser droht. Für diese Schlussfolgerungen braucht es kein Studium der Meteorologie.

Die aktuelle Flutkatastrophe im Westen Deutschlands, die durch Rekordniederschläge ausgelöst wurde, war eine Katastrophe mit Ansage. Entsprechende Warnhinweise des Deutschen Wetterdienstes lagen vor. Die für den Katastrophenschutz zuständigen staatlichen Stellen hätten die Bewohner der Region daher frühzeitig warnen können und müssen. Gefragt ist jedoch auch der mündige Bürger. Die Wetterdaten und -prognosen sind für jedermann frei zugänglich. Die Ignoranz auf staatlicher Seite und die Sorglosigkeit auf Seiten der Gesellschaft haben zu dem Ausmaß der Katastrophe beigetragen.

Roland Sommer, Diedorf

BÜRGERINITIATIVEN

Ist Widerstand gegen wichtige Großprojekte berechtigt oder hinderlich?

„Republik der Nein-Sager“, 7./8. August:

Transparenten Dialog führen

Der Artikel von Uwe Ritzer beschreibt wunderbar die Zielkonflikte bei großen Infrastrukturprojekten im Rahmen der Klima-, Verkehrs- und Energiewende. Allerdings widerspreche ich dem zitierten Professor Dieter Rucht, der feststellt, Bürgerbeteiligung werde immer wichtiger und aufwendiger, was Projekte langwieriger und teurer mache. Meiner Erfahrung nach hilft es, sehr frühzeitig einen wirklich ehrlichen und transparenten Dialogprozess mit allen Interessensgruppen zu gestalten. Frühzeitige und kontinuierliche Beteiligung kann zu intelligenteren Lösungen, zu mehr Akzeptanz bei geringeren Kosten und kürzerer Planungs- und Bauzeit führen. Dafür gibt es viele Beispiele mit bewährten Verfahren. Nicht Bürgerbeteiligung, sondern fehlende oder mangelhafte und unehrliche Kooperation zwischen Vorhabenträgern, Politik, Verwaltung, Verbänden, direkten Anliegern und engagierten Bürgern wirken kostentreibend und verzögern die Planungen. Wolfgang Himmel, Konstanz

Deckmantel Klimaschutz

Den betroffenen Bürgern eine Stimme zu versagen, ist demokratiefeindlich. Zum Falle des geplanten ICE-Werks in Nürnberg:

Im Gegensatz zur Politik und der Deutschen Bahn formieren sich die Bürgerinitiativen mittlerweile gemeinschaftlich für ein Werk, welches natur- und menschenverträglich ist. Wir lehnen das Sankt-Florians-Prinzip, welches der Artikel uns vorwirft, entschieden ab. Die Bahn als einer der größten Immobilieneigner im Bund hat ausreichend bereits gebaute, eigene Flächen zur Verfügung, auch Industriebrachen bei Knotenpunkten wie Ingolstadt wurden aktiv angeboten.

Das Münchner ICE-Werk ist ebenfalls auf einer solchen Fläche entstanden. Dass die Bahn dennoch an ihrer Planung festhält und das zweitgrößte ICE-Werk als Präzedenzfall auf meines Erachtens ökologisch wertvollen Flächen, unter Zerstörung der Flora und Fauna, plant, dabei auch noch von der Politik unterstützt wird – unter dem Deckmantel des Klimaschutzes –, ist bodenlos. Wir sprechen von danach voll versiegelten Ackerflächen, Bannwäldern und Feuchtwiesen, welche gerade jetzt zu Zeiten der Regenkatastrophen wichtige natürliche Rückhalteflächen für die umliegenden Flächen sind. Wir Bürgerinitiativen sind FÜR den Klimaschutz, FÜR eine Energiewende und auch FÜR ein ICE-Werk, aber auf bereits bebauter Fläche, ohne Zerstörung der Natur. Und dass dies möglich ist, beweist die Bahn bereits – mit allen bisherigen Werken, darunter auch das in der Stadt München. Und bezüglich

der Arbeitsplätze: im genannten Nürnberger Ausbesserungswerk wird bereits über die baldige Schließung gemunkelt – man würde dann Stellen im neuen Werk bekommen. So viel also zu „neuen“ Arbeitsplätzen und zum dann erfolglosen Kampf von Petra Wedel, einstige Betriebsrätin der Eisenbahn- und Verkehrsgesellschaft.

Dr. Monika Maier-Peuschel, Burghamm

Debatte online

► Wie umgehen mit Geflüchteten aus Afghanistan? sz.de/afghanistan

► Welche Erfahrungen haben Sie mit der Luca-App gemacht? sz.de/luca

► SPD im Aufwind – Scholz sei Dank? sz.de/spdscholz

Betroffene vor Ort anhören

Nicht die ganze Republik ist ein Ort der Nein-Sager, es gibt in ihr nur viele Orte der Nein-Sager – daher der Widerspruch, der wichtige Projekte gefährdet. Es sind zwei völlig verschiedene Dinge, die der Autor den Lesern vorstellt: die Verkehrswege und der Nürnberger Reichswald (ein Kulturwaldgebiet), die Energiewende und So-

lar- und Windradfelder. Es ist nicht ganz fair, den Protest auf das „Not in my backyard“-Prinzip zurückzuführen. Wer, wenn nicht die vor Ort Betroffenen, sollen sich gegen Auswirkungen vor Ort verhalten? Das Problem könnte sein, dass nicht alle Betroffenen, auch die nicht vor Ort, zu Wort kommen. Verkehrswende geht die ganze Republik an, der Reichswald nur die Nürnberger. Wie soll man demokratisch mit Problemen umgehen, die alle angehen, doch nur wenige vor Ort betreffen? Die parlamentarische Demokratie hat immer das Problem, dass sie zwar Minderheiten zu Wort kommen lässt, aber dennoch Mehrheiten das Sagen haben. Die überörtlichen Mehrheiten wollen die Klima-, Verkehrs- und Energiewende, doch es sind die vielen örtlichen Minderheiten, die von den Auswirkungen betroffen sind. Es ist mühsam und langwierig, die Zustimmung aller einholen zu müssen, aber immer noch besser als ungefragte Hauruck-Entscheidungen.

Gabi Baderschneider, Singing

Meeresschutzgebiet erhalten

Der Artikel mag in vielen Beispielen recht haben, dass wir als Gesellschaft leider dem Sankt-Florian-Prinzip anhängen. In Sachen Feste Fehmarnbeltquerung, der geplanten Verkehrsverbindung zwischen Fehmarn und Dänemark, muss ich dem Autor jedoch widersprechen: Alle relevanten

Parteien und Regierungen predigen seit Jahren in ihren Programmen das Prinzip „Von der Straße auf die Schiene“, besonders was den Schwerlast-Fernverkehr betrifft. Der Absenktunnel im Belt pervertiert aber diese Absichten in das Gegenteil, weil neben der Bahntrasse eine vierspürige Autobahn mittels des Tunnels in den Meeresboden gebaggert werden soll. Die Refinanzierung des Tunnels wird über den dafür eingerichteten Straßenverkehr erst möglich. Wir als „Beltretter“ hätten gegen einen wesentlich preiswerteren Bohrtunnel für ein bis zwei Schienenstränge kaum etwas einzuwenden gehabt. Statt eine durchgehende Autobahn von Stockholm nach Sizilien zu bauen, sind Huckepacksysteme für den Schwerlastverkehr preiswerter, sauberer, sicherer, schneller und sozial verträglicher. Das Fauna-Flora-Habitat-Gebiet des Belts, in dem selbst das Angeln verboten ist, wäre das geliebte, was es ist: ein Meeresschutzgebiet.

Wolfgang Kausch, Lübeck

Leserbriefe sind in keinem Fall Meinungsäußerungen der Redaktion, sie dürfen gekürzt und in allen Ausgaben und Kanälen der Süddeutschen Zeitung, gedruckt wie digital, veröffentlicht werden, stets unter Angabe von Vor- und Nachname und dem Wohnort. Schreiben Sie Ihre Beiträge bitte unter Bezugnahme auf die jeweiligen SZ-Artikel an forum@sz.de.



4 Tage für 2 Personen im Grandhotel Lienz

Das Grandhotel Lienz zählt zu den besten Fünfsterne-Häusern Österreichs. Der 1400 m² große Wellnessbereich mit In- und Outdoorpool, vier Saunen, Dampfbäder, Seralbad, Fitness- und Ruheräumen sorgen für Entspannung auf höchstem Niveau.



Urlaubsgutscheine für „Das Lafairs“ im Tiroler Oberinntal

Pfunds im tirolerischen Dreiländereck, in dem Tirol, Südtirol und das schweizerische Graubünden aufeinandertreffen, hat einen Geheimtipp: „Das Lafairs“ mit ganz viel Charme und heimeliger Atmosphäre.



Heute auf Kaufdown.de

Die Auktion für alle, die weniger bieten wollen.

Woanders steigen die Preise – hier sinken sie im Minutentakt. Bei Kaufdown.de von der Süddeutschen Zeitung können Sie sich täglich neue und exklusive Angebote zu genau Ihrem Wunschpreis sichern.

